

Hochwasser- und Starkregendemenz in Overath?

Keine „Pausentaste für aktuelle Planungen“!

**Kommentar des Vereins Lebenswertes Sülztal
(Bezug: Notiz im Kölner Stadt-Anzeiger vom 16.06.2022)**

Die GRÜNEN in Overath fordern, dass als Konsequenz aus der Flutkatastrophe vom Juli 2021 die Versiegelung von Flächen eingeschränkt wird. Dazu sollen die aktuellen Bebauungspläne erst einmal gestoppt, überprüft und ggf. angepasst werden. Alle anderen Ratsfraktionen lehnten den Antrag der GRÜNEN im Zukunftsausschuss und im Bau- und Planungsausschuss ab - die Ablehnung im Stadtrat scheint damit sicher.

Dabei hatte die Stadtverwaltung noch in der Sitzung des Stadtrats am 12.01.2022 einen Bericht vorgelegt mit einer Hochwasserschadenkarte und einer Kartenserie zu 42 dokumentierten Schadenfällen. Fast dreiviertel dieser Schadenfälle lagen in Gebieten, die nach den Modellrechnungen der Fa Hydrotec von einem hundertjährigen Starkregen ganz oder teilweise überflutet werden. Daraus Konsequenzen ziehen will die Mehrheit im Overather Rat aber offensichtlich nicht!

Es geht auch anders!

Das sieht man beispielsweise an der Gemeinde Swisttal. Dort wurde ein Bürgerantrag zur Überflutung eines Neubaugebietes eingebracht (Vorlage V/2020/0264) und in der Ratssitzung vom 23. November 2021 einstimmig angenommen (Ja: 30; Nein: 0; Enthaltung: 0). Mit diesem Beschluss wurde ein vom Verfahren unabhängiges Ingenieurbüro mit der Untersuchung und Lösungsvorschlägen beauftragt und die Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde vorgesehen. Schließlich wurde über diesen konkreten B-Plan hinausgehend darauf hingewiesen: „Außerdem ist für alle künftigen, laufenden oder abgeschlossenen baulich noch nicht umgesetzten Bebauungsplanverfahren die Betroffenheit durch wild abfließendes Wasser sowie Notwasserwege zu untersuchen.“ (http://session.swisttal.de/bi/to0050.asp?__ktonr=22749)

Ein Trostpflaster

Nur eine Idee der GRÜNEN griff man in den Ausschüssen auf: im Bauamt sollen Bürger zukünftig Anregungen erhalten können, wie sie bei Neu- und Altbauten künftig weniger Fläche versiegeln. Dieses Angebot ist zwar richtig, aber kein Ersatz für eine eigene klimaangepasste Bebauungspolitik und damit verbundenem Schutz vor Starkregen und Hochwasser.